

Kurzinformation zur Sitzung des Landesvorstandes vom 26.07.2025

Aktuell-politisch

Bericht aus dem Justizministerium:

Die Entlassung von Friedrich Straetmanns als Staatssekretär ist endlich erfolgt. Babette Bohlen wurde als neue Staatssekretärin eingeführt. Der Landesvorstand wünscht ihr viel Erfolg und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit. Es fand eine Veranstaltung in Greifswald mit der Studierendenschaft zum Thema integrierter Bachelor im Jurastudium statt. Dieser wird durch die Landesregierung ab dem Jahr 2027 und rückwirkend bis für das Jahr 2019 eingeführt. Die Rückmeldungen aus der Studierendenschaft hierzu sind sehr positiv.

Das Justizministerium erhält aus dem Sondervermögen 7,5 Millionen Euro. Diese Mittel werden vor allem für den Ausbau barrierefreier Frauenhäuser sowie Hilfe- und Beratungsstellen eingesetzt.

Bericht aus dem Bildungsministerium:

Im Haushalt werden im Jahr 2026 36 Millionen Euro zusätzliche Mittel für den Schulbereich eingestellt sein. In dieser Wahlperiode hat die Landesregierung 600 Millionen Euro für allgemeinbildende Schulen eingesetzt. Das bedeutet umgerechnet, dass ca. 10.000 € pro Schüler:in in die Schulen des Landes investiert wurde.

Die Sprachkitas werden trotz wegfallender Mittel aus dem Bund weiter finanziert. Dies ist vor dem Hintergrund, dass ca. 30 % der Kinder Sprachdefizite aufweisen, besonders wichtig.

Es wird künftig ein "Schulpreis gegen das Vergessen" rund um den Tag der Auschwitz-Befreiung ausgelobt. Hierzu finden ab Klasse 5 verpflichtende Projekte an den Schulen statt. Die Teilnahme von Grundschulen an dem Projekt ist freiwillig möglich.

Bericht aus der Landtagsfraktion:

Die Fraktion veranstaltet im September eine Tour durch den Landkreis Nordwestmecklenburg und einen bildungspolitischen Abend in Wismar.

Sie wird außerdem auf dem dieses Jahr durch den Kreisverband Rostock-Land ausgetragenen Friedensfest in Gral-Müritz am 13. September präsent sein.

Die Fraktion plant für Mitte Februar den Start einer eigenen inhaltlichen Kampagne u.a. mit Großflächen im ganzen Land.

Im Rahmen der anstehenden Haushaltsverhandlungen sollen konzentriert ausgewählte Anträge unter dem gemeinsamen Narrativ "Demokratie stärken" eingebracht werden.

In den vergangenen Sitzungen ist im Landtag bereits der Wahlkampf ausgebrochen. Vor allem die CDU sucht vermehrt die Auseinandersetzung mit uns und betreibt dabei eine unhaltbare Gleichsetzung von AfD und Linke als "politische Ränder". Selbst bringt sie aber alte Anträge der AfD nahezu wortgleich ins Parlament ein. Diese Auseinandersetzung wird sich bis zur Wahl weiter zuspitzen.

Verschiedenes:

Es gibt einen konstruktiven Austausch mit dem Landesverband Berlin. Dieser startet derzeit eine Kampagne gegen die Olympiabewerbung der Stadt Berlin. Die Berliner Bewerbung geht möglicherweise mit einer Austragung der Segelwettkämpfe in Rostock-Warnemünde einher. Unsere Partei vor Ort positioniert sich positiv zu dieser Bewerbung. Es ist festzustellen, dass die Olympiabewerbung aus der Berliner Perspektive anders zu bewerten ist als aus der Rostocker Perspektive. Während sie für Berlin vor allem immense zusätzliche Kosten und den Wegfall von Finanzmitteln in anderen Bereichen bedeutet, ist der eng abgesteckte Rahmen einer Austragung von Segelwettkämpfen in Rostock gut abbildbar. Die Begebenheiten für eine solche Austragung sind in Rostock schon jetzt größtenteils gegeben. Die Anzahl der unterzubringenden Sportler:innen ist überschaubar. Außerdem würden durch diese Bewerbung voraussichtlich zusätzliche Mittel für nachhaltige Investitionen frei, etwa für eine neue Schwimmhalle, von denen die Rostocker:innen auch über die Austragung hinaus profitieren würden. Wir bleiben hierzu im Austausch mit den Berliner:innen und vertrauen auf gegenseitiges Verständnis für die lokal unterschiedlichen Bewertungen.

Vorstellung der Vorwahlkampagne

Der Landesverband startet ab September eine Vorwahlkampagne. Ziel ist es einerseits die Mitgliedschaft zu aktivieren und andererseits schon vor der heißen Wahlkampfphase zu zeigen, dass Die Linke präsent ist.

Schwerpunkt der Kampagne werden wie zur Bundestagswahl Haustürgespräche sein. Hierbei geht es in erster Linie darum, mit Bürger:innen darüber ins Gespräch zu kommen, welche Themen sie bewegen. Die Ergebnisse werden von unseren Mitgliedern auf einer Website eingetragen und sollen dann ausgewertet werden und in die Planung unserer Landtagswahlkampagne und die Ausgestaltung des Wahlprogramms einfließen.

Es ist geplant, das Wochenende, 20. / 21. September als Auftaktwochenende mit

Haustürgesprächen in allen Kreisverbänden zu gestalten. Hierfür wird der Landesverband im Vorfeld Einführungs-Workshops organisieren. Diese sollen vrs. in Wismar, Güstrow und Neubrandenburg stattfinden. In Rostock, Greifswald und Schwerin sind bereits einige geschulte Genoss:innen aktiv, die Haustürwahlkämpfe koordinieren können.

Sollte es in Kreisverbänden noch Bedarfe für entsprechende Schulungen geben, vermittelt die Landesgeschäftsstelle den Kontakt zu Referenten an die Kreisverbände.

Alle Kreisverbände sind aufgefordert, ein:n Verantwortlichen für die Haustürgespräche im Rahmen unserer Vorwahlkampagne zu benennen. Diese werden dann durch die Landesgeschäftsstelle in die Kampagne eingeführt. Im Anschluss wird es eine landesweite Mitglieder-Videoschleife geben, in der sie auch der breiten Mitgliedschaft vorgestellt wird.

Finanzen

Der Landesschatzmeister stellte den Wahlkampfhaushalt vor.

Anträge

Der Landesvorstand hat einen Antrag zur Einführung "strategischer" Wahlkreise beschlossen. Ziel ist es, in Direktwahlkreisen mit besonders viel Potenzial für Die Linke zusätzlich Ressourcen zu mobilisieren und Direktkandidat:innen-Kampagnen zu stärken. Von diesen soll auch das Zweitstimmenergebnis profitieren. Welche Wahlkreise das sein werden, wird der Landesvorstand anhand empirischer Kriterien in seiner nächsten Sitzung festlegen.

Der Landesvorstand beschloss, die Agentur "DIG+" mit der Betreuung unserer Landtagswahlkampagne zu beauftragen.

Der Landesvorstand hat ein Verfahren zur Aufstellung der Direktkandidat:innen zur Landtagswahl beschlossen. Dieses wird den Kreisen mitgeteilt. Die Aufstellungen sollen im Zeitraum vom 1. August 2025 bis zum 31. Januar 2026 erfolgen.

Sonstiges

Der Landesvorstand benennt gegenüber der Bundespartei Wolfgang Methling als Vertreter aus M-V für den Ältestenrat der Partei.

Die nächste Sitzung des Landesvorstands findet voraussichtlich am 6. September statt.